

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1929**

30.7.1929 (No. 174)

# Karlsruher Zeitung

## Badischer Staatsanzeiger

Expedition:  
Karlsruher  
Straße Nr. 14  
Fernsprecher  
Nr. 953  
und 954  
Postkontor  
Karlsruhe  
Nr. 9515

Verantwortlich  
für den  
redaktionellen  
Teil  
und den  
Staatsanzeiger:  
Chefredakteur  
C. K. M. e. n. d.  
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 2,25 RM. einl. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pf.; Samstags 15 Pf. — Anzeigenpreis: 14 Pf. für 1 cm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreduzierter Rabat, der als Kassenzahlung gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Straße 14, zu senden u. werden, außer in besonderen Fällen, nicht an andere Stellen weitergeleitet. — Im Falle von Höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Auslieferung, Nachdruck, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inferent keine Ansprüche, und es wird keinerlei Verantwortung für irgendwelche Verzögerung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsfrist erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wochenschriften, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

### Amtlicher Teil

#### Konularische Vertretung der Türkei

Der Türkische Konjul Ali Niza Bey in Berlin ist zur Ausübung konularischer Amtshandlungen in Baden endgültig zugelassen worden.

#### Die Weimarer Verfassung

Eine Rede Daniels in Berlin

Prof. Hermann Daniels, der bekannte Historiker, der auch in Heidelberg lehrte, hat am Samstag bei der Verfassungsfeier der Berliner Universität die Festsprache gehalten, aus der die folgenden Ausführungen wiedergegeben seien:

Als die Reichsverfassung vor zehn Jahren in der schwersten Stunde unserer nationalen Geschichte ins Leben trat, da mochte sie vielen nur als Notbehelf erscheinen, unter dem man dem Zerfall des Reiches zu entgehen suchte und dem toben den Orkan des Zusammenbruchs begegne. Dann wurde sie aber mehr und mehr zum schirmenden Wall unserer ganzen Existenz nach innen und außen. Es ist die historische Mission der Weimarer Verfassung gewesen, auf der einen Seite den Stolz des Volkstums aufzufangen, auf der anderen Seite aber dem Stolz ins Herz der deutschen Einheit zu begegnen, den unsere Feinde im Westen damals planten. Daß beides gelang, war ein Ereignis nicht mehr nur von nationaler, sondern auch von europäischer Tragweite.

Eine neue Staatsform, die gewalttätig die geschichtliche Tradition wie die rechtliche Kontinuität einer Volksgeschichte durchbricht, wird immer einer doppelten Sanktion bedürfen: einer förmlichen Legalität, und einer im höheren Sinne geschichtlichen Legitimation, die nur allmählich im Ablauf der Generationen erworben werden kann. Die Legalität der deutschen Reichsverfassung wird auch von der überwiegenden Mehrzahl derer, die ihr noch mit innerer Abneigung gegenüberstehen, durch ihr tatsächliches Verhalten zugestanden, und wer sie verändern möchte, will sie nicht anders als auf verfassungsmäßigem Wege verändern.

Dagegen ist der zweite Prozeß, die Legitimation der Verfassung in einem höheren geschichtlichen Sinne, noch nicht abgeschlossen. In unserem Volke messen die einen die geltende Reichsverfassung an dem Maßstab der Vergangenheit, ihrer Größe und ihrer unüberwindlichen Werte. Das ist menschlich begreiflich. Die andern messen sie vor allem an dem Maßstab der Gegenwartsaufgaben, die sie zu erfüllen hat, und der Zukunftsideale, die ihr gesetzt sind: das ist politisches Gebot der Stunde. Hinter allen diesen Formen und über sie hinaus ist die Einheit selbst ein unzerstörbarer Begriff der Nation geworden: Sie hat die Erschütterung des Weltkrieges und der Revolution, sie hat die ganze Leidenszeit dieser zehn Jahre stetig überstanden. Jede Verfassung eines Staates bedarf, um wahrhaft lebendig zu sein, vor allem eines geschützten äußeren Lebensraumes, in dem sie Luft und Licht hat und sich jedes Eingriffes von außen in ihren autonomen Bereich erwehren kann.

Das schwerste der Verfassungsprobleme des Deutschen Reiches liegt auch heute noch drinnen, liegt in der Welt, die uns umgibt. Für alle Zeiten ist es dem deutschen Empfinden in diesen Jahren eingehämmert worden, an welcher Stelle die gefährlichsten Einbrüche in die politische Selbstbestimmung zu besorgen sind. Die fremden Besatzungsarmeen am Rhein, deren Abzug heute nicht um einen einzigen Tag mehr hinausgeschoben werden sollte, sind ja nur das äußerlich demütigendste Symbol der fremden Gewalttätigkeit und unserer eigenen Unvollständigkeit gewesen. Darum erscheint die heutige Verfassungsfeier als die gegebene Stunde, auch für unsere akademischen Körperschaften feierlich zu erklären, daß die bevorstehende Räumung rheinischer Bodens und das zu erwartende Ausscheiden der Rheinlandkommission nicht etwa durch die Zulassung neuer Kontrollinstanzen erkaufte werden darf. Es gibt für eine deutsche Verfassungsfeier keine selbstverständlichere Forderung als diese eine, daß für alle Deutschen ohne Einschränkung der Vollgenuss des gleichen Verfassungsrechtes gewährleistet werden muß, damit die deutschen Fahnen — wie klein erscheint in diesem Zusammenhang der Streit um die Farben der Flaggen — vor allem wieder über einem freien und unteilbaren deutschen Lande wehen.

Wir wissen, daß es vor allem darauf ankommt, welcher Geist die äußeren Formen und Ordnungen erfüllt, und wir haben in schweren Zeiten erfahren, daß jene höchsten Güter immer wieder von neuem erworben werden müssen: erworben durch die Gesamtheit aller sittlichen und geistigen Kräfte der Nation. Diese Kräfte, soweit es an uns liegt, in dem deutschen Vaterlande zu wecken, ist die Tradition unserer akademischen Körperschaften. Sie mit ganzer Hingebung und Treue in den Dienst des Staates und seiner Verfassung zu stellen, ist das Gelübnis dieser Stunde.

Die Rede fand begeisterten Widerhall.

#### Zuckerrüben- und Baumwollanbau in Persien

W.B. Teheran, 30. Juli. (Tel.) Ein von einer tschechoslowakischen Zuckerzuckerfabrik kürzlich nach Persien entsandter Sachverständiger berichtet, daß ein Anbau von Zuckerrüben im nördlichen Persien gute Ergebnisse erhoffen ließ. Eine Zuckerfabrik in dieser Gegend würde außer der Versorgung des persischen Marktes einen Überfluß für die Ausfuhr erzielen können. Auch Baumwolle von gleicher Güte, wie die ägyptische, würde nach der mit dem Anbau von Baumwollpflanzen gemachten Erfahrung, dort erzeugt werden können. Es seien Schritte getan worden, um aus Amerika Baumwollmaschinen zu beziehen.

### Letzte Nachrichten

#### Die neue Regierung Briand

Französische Stimmen

W.B. Paris, 30. Juli. (Tel.) Das neue Ministerium Briand findet eine Aufnahme, wie man sie etwas Provisorischem bereitet, das zu einem ganz bestimmten Zwecke, in diesem Falle zur Regelung auswärtiger Fragen, geschaffen wurde.

„Matin“ schreibt: Das neue Ministerium Briand ist ein Ferienministerium oder, besser gesagt, ein Verhandlungsministerium. Im Oktober erst wird die Innenpolitik zu ihrem Rechte kommen. Kein Zweifel, daß in diesem Augenblick der erfahrene Chef, der an der Spitze des Kabinetts steht, sich seine Gefährten für eine längere Reise aussuchen wird. „Petit Parisien“ hält es für wahrscheinlich, daß die radikale Partei sich spalten wird. Das sei alles, was das Kabinett zur gegenwärtigen Stunde erhoffen könne. „Journal“ schreibt: Die Regierung wird bei dem Kampf im Parlament wahrscheinlich siegen. Wer der Regierung eine Blankovollmacht für die Vertretung Frankreichs in Haag verweigert, würde in der Tat eine schwere Verantwortung übernehmen. „Avenir“ nennt das Kabinett ein Kabinett Poincaré ohne Poincaré. Das Kabinett werde im Herbst umgebildet werden. „Aujourd'hui“ sagt: Die Politik Briands auf der Reparationskonferenz sei, wie man wisse, die Politik der republikanischen Mehrheit. Man dürfe ihm die Unterstützung bei einem so klar bestimmten Ziel nicht abschlagen. Die linksstehenden Parteien blieben bei ihrer Haltung.

#### China und Rußland

Chinesische Bemühungen um eine Konferenz

W.B. London, 30. Juli. (Tel.) „Daily Telegraph“ berichtet aus Peking: Der chinesische Gesandte in Finnland ist beauftragt worden, eine Methode zu finden, um eine Vereinbarung mit Rußland wegen der chinesischen Ostbahn zu erzielen. Er ist mit einem Stab von Sachverständigen in Peking eingetroffen, wo er mit dem Verkehrsminister beriet und endgültige Anweisungen bezüglich der Politik anfertigen ließ. Der Gesandte fährt sofort nach Wladiwostok ab, wo er eine Zusammenkunft mit General Tschang Hsian Liang haben wird. Es wird erwartet, daß erfolgreiche Bemühungen unternommen werden, um eine Konferenz zwischen dem Gesandten und einem russischen Delegierten in Harbin oder Wladiwostok zu bringen.

#### Einfall von Weisrussen in Sibirien?

W.B. London, 30. Juli. (Tel.) „Times“ berichtet aus Schanghai: Aus Peking wird gemeldet, daß die Nationalregierung die Verteidigung der Mandschurie gegen einen möglichen Angriff verstärkt habe. Anscheinend guberläufigen Nachrichten zufolge habe eine Bande von etwa 300 Weisrussen einen Einfall nach Sibirien in Richtung Tschita gemacht. Die mandschurischen Behörden befürchteten eine Verschärfung der Lage mit Rußland.

#### Die Haager Konferenz

Die britische Delegation

W.B. London, 30. Juli. (Tel.) Wie der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph“ berichtet, wird der britische Delegation für die Haager Konferenz außer dem Schatzkanzler Snowden und dem Staatssekretär des Äußeren, Henderson, auch der Präsident des Handelsamtes, Graham, angehören. Zahlreiche Sachverständige des Foreign Office und des Schatzamtes würden sich ebenfalls nach Haag begeben. Ferner werde die Frage der Rheinlandräumung möglicherweise die Zuziehung von Militärsachverständigen notwendig machen.

#### Berminderung der französischen Schieferübungen

W.B. Koblenz, 30. Juli. (Tel.) Wie verlautet, wird die Zahl der von der französischen Militärbehörde für August und September angekündigten Schieferübungen im Gelände von Gergheim-Wehrer bei Landau (Pfalz), die den Rheinlandkommission für die besetzten Gebiete beantragt hatten, bei der Rheinlandkommission Vorstellungen zu erheben, mit Rücksicht auf die Erntezeit herabgesetzt.

#### Verurteilung angeblicher Spione

W.B. Paris, 30. Juli. (Tel.) Wie „Petit Parisien“ aus Straßburg meldet, hat das dortige Strafgericht wegen angeblicher Spionage die Deutschen Neubard und Lorenz, die verurteilt worden sollen, sich das Modell einer neuen Schnellfeuerwaffe zu beschaffen, zu je zwei Jahren Gefängnis, 500 Franken Geldstrafe und fünf Jahren Aufenthaltsverbot verurteilt.

#### England und Ägypten

W.B. London, 30. Juli. (Tel.) Der Staatssekretär für den Krieg, Shaw, erklärte gestern in einer Rede, die Regierung werde Ägypten seine Unabhängigkeit geben unter Bedingungen, die glückliche Beziehungen zwischen den Ägyptern und den Engländern schaffen und die Verbindungswege Englands mit seinem Ostreich für alle Zeiten sichergestellt werden.

#### Blutige Zusammenstöße in Columbien

W.B. Bogota (Columbien), 30. Juli. (Tel.) Während der Unruhen, die am Samstag begannen und den ganzen Sonntag über fortdauerten, sind bei den Zusammenstößen mit der Polizei in verschiedenen Teilen Columbians insgesamt 12 Komunisten getötet und 22 verletzt worden.

### \* Briand französischer Ministerpräsident

Die französische Regierungskrise hat einen sehr raschen Abschluß gefunden, und Briand hat sein Kabinett sehr schnell gebildet. Sein Versuch, die Radikalen mit ins Kabinett aufzunehmen, ist gescheitert, da sie verlangten, daß die sogenannte Marin-Gruppe (etwa 100 Abgeordnete) aus der bisherigen Regierungsmehrheit ausscheiden und das Innenministerium (jetziger Minister Lardieu) mit einem Radikalen besetzt werde. Nach Lage der Dinge konnte sich Briand zu einer Erfüllung dieser Forderung nicht verstehen.

Er hat dann das Kabinett auf der Basis der bisherigen Mehrheit begründet und personelle Änderungen überhaupt nicht vorgenommen. Es ist also das alte Kabinett Poincaré, welches die Geschäfte führt, nur mit dem Unterschied, daß nicht Poincaré als Ministerpräsident fungiert, sondern Briand, und mit dem andern Unterschied, daß nunmehr Poincaré dem Kabinett überhaupt nicht mehr angehört.

Man nimmt an, daß Poincaré sich endgültig vom politischen Leben zurückziehen werde. Er ist an Jahren ein alter Mann, und seine Gesundheit ist nicht mehr die beste. Die letzten Vorgänge im Kabinett und in der Kammer haben ihn, der gewöhnt war, die Vertrauensfrage von einer großen Mehrheit bejaht zu sehen, augenscheinlich sehr veräppelt. Schon in den letzten Wochen war ja Briand der eigentliche Führer des Kabinetts.

Die Situation des Kabinetts Briand ist außenpolitisch nicht ungünstig. Die äußere Politik aber wird es sein, die diesem Kabinett die Hauptaufgaben stellt. Deshalb kann man es auch begreifen, daß Briand nachdrücklich auf der Forderung beharrt, daß alle innerpolitischen Fragen einstweilen vertagt werden. Natürlich wird er sich mit seinem Kabinett der Kammer vorstellen und um das übliche Vertrauensvotum ersuchen. Aber eine Diskussion über die außenpolitischen Dinge soll nicht mehr stattfinden. Die Kammer wird dann sogleich nach Hause geschickt werden.

Das ist eine durchaus vernünftige Politik. Man ist sich ja über alle wesentlichen Punkte im klaren. Und vieles Gerede in den Parlamenten könnte die Situation nur verderben. Außenpolitisch stützt sich Briand auf die Mehrheit, die sein Kabinett bildet, kann aber auch wohl auf die Zustimmung der Radikalen und der Sozialisten rechnen. Denn seine Absichten sind, zumal nach seinen letzten Ausführungen im Parlament, so beschaffen, daß sie von der Linken kaum bekräftigt werden können. Wir dürfen also hoffen, daß Briand auf der großen Konferenz der Staatsmänner eine Haltung einnehmen wird, die wirklich der Verständigung und der großen Aufgabe der vollkommenen Liquidation des Weltkrieges dient.

Schwierigkeiten bedenklicher Art könnten sich höchstens durch den englischen Wunsch nach Revision des Verteilungsschemas ergeben. Aber auch hier eröffnet die Tatsache der Ministerpräsidentenschaft Briands bessere Perspektiven. Poincaré wäre gar nicht zu der Konferenz im Haag erschienen, und man weiß nur zu gut, wie kühl das Verhältnis zwischen ihm und Macdonald ist. Briand wird selbst nach dem Haag gehen, und seine Beziehungen zu Macdonald sind wesentlich freundschaftlicher.

Der zeitliche Aufschub der Konferenz, der durch die französische Regierungskrise verursacht wird, ist an sich recht unangenehm, aber nicht zu vermeiden. Man wird kaum am 6. August zusammenkommen können, sondern wahrscheinlich erst eine Woche später. Die Hauptsache ist ja schließlich, daß die Konferenz noch wenigstens rechtzeitig vor der Septembertagung des Völkerbundes stattfindet, und daß Repräsentanten der beteiligten Staaten bei der Konferenz den redlichen Willen nach Verständigung und Einigung bekunden. Dann wird ihr sicherlich ein guter Ausgang beschieden sein.

#### Senatswahlen in Frankreich

W.B. Paris, 30. Juli. (Tel.) „Matin“ zufolge sollen die Senatswahlen, von denen ein Drittel der Senatoren betroffen wird, auf den 27. Oktober anberaumt werden.

#### Operation Poincarés

W.B. Paris, 30. Juli. (Tel.) Wie verlautet, soll Poincaré am Donnerstag von Prof. Nacion operiert werden.

## Die Bevölkerungsbewegung im Deutschen Reich

Nach einer dem Reichstage vom Reichsministerium des Innern kürzlich überreichten Denkschrift über die gesundheitlichen Verhältnisse des deutschen Volkes im Jahre 1927 hatte das Deutsche Reich in diesem Jahre 63 252 312 Einwohner gegen rund 64 926 000 im Jahre 1910. Der berufliche Aufbau der Bevölkerung zeigt in den letzten Jahrzehnten eine erhebliche Verschiebung infolge der in den letzten Jahren der Land- und Forstwirtschaft Beschäftigten an der Gesamtbevölkerung stark zurückgegangen, der Anteil der Beschäftigten in Industrie, Handwerk, Handel und Verkehr gestiegen ist und fast drei Fünftel der Gesamtbevölkerung ausmacht. Für die Beurteilung der Bevölkerungsbewegung, der Erkränkungs- und Sterbeziffern ist von besonderer Bedeutung die Änderung des Altersaufbaues gegenüber der Zeit vor dem Kriege. Von je 100 Personen fanden

		im Alter von					65 und mehr
		unter 5	5-14	15-24	25-44	45-64	
männliche	1910:	12,3	22,2	18,4	27,9	14,8	4,4
	1925:	9,9	17,1	21,0	27,5	19,3	5,2
weibliche	1910:	11,8	21,5	18,1	27,2	16,0	5,4
	1925:	9,9	15,7	19,7	30,3	19,2	6,1

Die Übersicht zeigt, daß sich durch die infolge des Geburtenrückganges eingetretene Verminderung des Anteils der Kinder an der Gesamtbevölkerung die Anteile der im erwerbsfähigen und im Greisenalter stehenden Frauen in verhältnismäßig gleichem Grade erhöht haben, während beim männlichen Geschlecht infolge der Verluste durch den Krieg an mittleren Altersgruppen der Anteil der Altersklasse des Greisenalters stärker als der der Gesamtheit der im erwerbsfähigen Alter stehenden zugenommen hat. Für die Zukunft ist eine weitere Erhöhung des Anteils der hohen Altersstufen zu erwarten.

Die Bewegung der Bevölkerung weist im Jahre 1927 einen starken Rückgang des Bevölkerungszuwachses auf. Der Geburtenüberschuß auf je 1000 Einwohner ist gesunken von 12,4 im Jahre 1918 auf 8,8 im Jahre 1925, 7,9 im Jahre 1926 und 6,4 im Jahre 1927. Dieser Rückgang des Bevölkerungszuwachses ist zurückzuführen auf den Geburtenrückgang, der um so bedenklicher ist, als die Zahl der Beschäftigten den Stand der letzten Zeit vor dem Kriege nicht nur erreicht, sondern sogar überschritten hat. Auf 1000 Einwohner entfielen im Reichsdurchschnitt im Jahre 1918 26,9, 1925 20,7, 1926 19,5 und 1927 18,4 Lebendgeborene. Gegenüber 1918 ist damit die Geburtenhäufigkeit um ein Drittel und die Zahl der Lebendgeborenen überhaupt von rund 1,84 Mill. auf 1,16 Mill. gesunken.

Die Denkschrift führt aus, daß ein Anhalten dieser Entwicklung in weniger als zwei Jahrzehnten den Stillstand der Bevölkerungszunahme herbeiführen und dann eine fortschreitende Abnahme der Bevölkerungszahl folgen werde. An der Geburtenabnahme waren die ehelichen Geburten am stärksten beteiligt. Die dadurch entstandene Zunahme des Anteils der unehelichen Geburten an der Gesamtzahl der Geburten erklärt sich zum Teil aus der hohen Zahl der im gebärfähigen Alter stehenden unehelichen Frauen.

## Kurze Nachrichten

**Senatspräsident Dr. Struß 7.** In München ist der Senatspräsident am Reichsfinanzhof, Dr. Georg Struß, gestorben. Dr. Struß gehörte seit Begründung des Reichsfinanzhofes diesem als ältester Senatspräsident an und war eine der bedeutendsten Persönlichkeiten des höchsten Steuergerichtshofes des Deutschen Reiches. Vor kurzem schloß er seinen großen Kommentar zum Einkommensteuergesetz ab.

**Margarethe Behm 7.** Die Begründerin und Hauptvorsitzende des Gewerkschaftsvereins der Heimarbeiterinnen und langjährige deutsche Reichstagsabgeordnete Margarethe Behm ist im 70. Lebensjahre ihrem alten Vergleiden erlegen, das sie den schweren Unfall, den sie kürzlich erlitten hatte, nicht mehr überleben ließ.

**Der Streik in den Berliner Bauhofsereien und Geldschranksfabriken** hat eine Verschärfung erfahren. Es streiken 2000 Mann. Von Arbeitgeberseite wurde die Aussperrung beschlossen, die sich auf 1800 Firmen mit etwa 6000 Arbeitnehmern erstreckt.

Die Aussperrung in der englischen Baumwollindustrie hat am Montag begonnen. Etwa 1800 Spinnerinnen liegen still. Ungefähr eine halbe Million Arbeiter sind von der Aussperrung betroffen. Die Wochenlöhne, die dadurch ausfallen, betragen über 2 Millionen Pfund. Einige wenige Unternehmer halten sich von der Auseinandersetzung fern und belassen bei den zur Zeit bestehenden Löhnen ihre Betriebe weiter in Gang.

**Beschlüsse des allindischen Kongresses.** Der Ausschuss des allindischen Kongresses nahm in Allahabad auf Vorschlag Gandhi eine Entschließung an, die besagt, daß alle Bemühungen auf die Vorbereitung für den Feldzug der „gewaltlosen Noncooperation“ gerichtet werden sollten. Die Erwägung des Sprengens der Svarajisten, sich nicht mehr an den Arbeiten der gesetzgebenden Körperschaften zu beteiligen, ist bis zum Dezember aufgeschoben worden.

## Das Weltflugprogramm des „Graf Zeppelin“

**W.D. New York, 30. Juli. (Tel.)** Das hier ausgegebene „Zeppelin“-Weltflugprogramm sieht eine Fahrt des „Graf Zeppelin“ von insgesamt 42 000 Kilometer vor. Das Luftschiff wird am 7. August in Lakehurst aufsteigen und über Los Angeles nach Tokio fahren, von wo es am 26. August die Rückfahrt nach Lakehurst antreten werde. Es werde am 29. August wieder in Lakehurst eintreffen.

## 400 Stunden in der Luft

**W.D. St. Louis, 30. Juli. (Tel.)** Die Dauerrekordflieger Hadsen und O'Brien waren mit ihrem Flugzeug „St. Louis Robin“ heute Nacht 11.17 Uhr 400 Stunden in der Luft. Die Motore lassen jetzt anscheinend nach.

## Vergebliche Lösungsversuche in Moreni

**W.D. Bukarest, 30. Juli. (Tel.)** Zur Lösung der seit 2 Monaten mit unermüdlicher Gewalt brennenden Petroleumdepots von Moreni waren bisher die verschiedensten Versuche vergeblich unternommen worden. Vor allem versuchte man durch Stollengrabung und Ableitung der unterirdischen Gase die Nacht des Feuers zu brechen. Als gestern die Stollen so weit vorgetrieben waren, daß man mit der Ableitung der Gase beginnen konnte, stürzten Erdmassen nach einer unter gewaltiger Detonation erfolgenden Gasexplosion ein. Fünf der in den Stollen befindlichen Arbeiter wurden verschüttet und mehrere schwer verletzt. Ein Vorarbeiter erlitt einen Herzensanfall. In Moreni war nach der Explosion eine Panik ausgebrochen, die bis zum Morgengrauen dauerte. Sämtliche Lösungsversuche werden vorläufig eingestellt.

## Die sozialistische Arbeiterinternationale

Am Sonntag trat im Volkshaus in Zürich die Exekutive der sozialistischen Arbeiterinternationale zusammen. Anwesend waren Delegierte aus 22 europäischen und außereuropäischen Staaten. Die deutsche Sozialdemokratie ist vertreten durch Crispian, Stellung und Vogel. Zum Tagungspräsidenten wurde Wibaut, Holland, gewählt.

Die Exekutive nahm einen Bericht des Sekretariats über die Abrüstungsaktion der Internationale entgegen und wandte sich dann der Besprechung der Kriegsgeschichten in Ostasien zu. In der Diskussion über die allgemeine politische Lage in Europa kam die volle Einmütigkeit der Internationale in bezug auf die politischen Konsequenzen der Einigung Reparationsfrage zum Ausdruck. Die Exekutive beschloß einen Protest gegen die Verfolgung in Litauen. In einer Resolution werden die Arbeiter der Welt aufgefordert, ihre Aufmerksamkeit den Gefahren zuzuwenden, die aus dem Konflikt zwischen Sowjetrußland und China hervorgehen. Vandalenbelde legte im Namen der Kommission einen Antrag über die Probleme der bevorstehenden Regierungskonferenz vor, der einstimmig angenommen wurde. Ebenso wurde eine Resolution in der Frage der Revision des Friedensvertrages von Trianon angenommen. In einer weiteren Resolution werden die angeschlossenen Parteien aufgefordert, die Arbeit über Wirtschaftsprobleme einheitlich zu gestalten.

## Todesurteile gegen litauische Sozialdemokraten

Das Kriegsgericht in Schaulen (Litauen) hat in einem Prozeß gegen 24 Angeklagte, darunter das Mitglied des Zentralkomitees der Sozialdemokratischen Partei, Galins, die vor einigen Monaten in Rom in den Namen des Zentralkomitees der Sozialdemokratischen Partei verhaftet worden waren, nach vierstündiger Verhandlung bereits am Samstag das Urteil gefällt, das jedoch bisher noch nicht veröffentlicht worden ist. Dem „Remeler Dampfboot“ zufolge verurteilt gerichtlich, daß 10 bis 14 Angeklagte zum Tode und die übrigen auf lebenslängliches Zuchthaus verurteilt worden sind. Das Todesurteil gegen einen Grenzpolizisten, der den Kleschaitis-Angehörigen beim Grenzübertritt Hilfe geleistet haben soll, soll bereits vollstreckt worden sein.

## Schlagwetterexplosion im Waldenburger Bergwerksrevier

23 Tote

**W.D. Waldenburg (Schlesien), 30. Juli. (Tel.)** Auf der Friedenshoffnungsgrube in Nieder-Hermsdorf ereignete sich gestern Abend 7 Uhr eine schwere Schlagwetterexplosion, durch die 23 Bergleute getötet und 12 schwer verletzt wurden. Sämtliche Verunglückten sind geborgen. Die Ursache der Explosion steht noch nicht fest. Die von der Explosion Betroffenen Baue sind befahrbar, doch ist ihr Betrieb vorläufig eingestellt. Im übrigen ist der Betrieb der Grube nicht gestört.

Die Explosion ereignete sich auf den Schwesternschächten im Bereich der achten Sohle. Die 12 Mann, die lebend zutage gebracht wurden, sind, mit einer einzigen Ausnahme, sämtlich schwer verletzt. Die Bergungsarbeiten waren um 8 Uhr heute früh beendet. — Die Schwesternschächte gehören zum Betriebe der Niederschlesischen Bergbau-A.G.

Das gesamte niederschlesische Steinkohlenrevier steht im Zeichen tieferer Trauer. Von den 23 Toten sind 14 verheiratet und neun unverheiratet. 28 Kinder trauern um ihre Väter. Viele hundert Bergwerksfrauen und deren Angehörige haben sich vor der Unglücksstätte angesammelt. Herzzerrende Verzweiflungsszenen spielen sich ab. Die weitaus größte Zahl der Toten sind durch den explosionsartigen Ausbruch des Brandwitters bis zur Untermittigkeit verumtelt.

Das „Neue Tageblatt“ in Waldenburg erinnert an Anlaß des schweren Unglücks an frühere Katastrophen, von denen die Schwesternschächte heimgegriffen worden sind. Am 31. Dezember 1896 kamen durch eine Schlagwetterexplosion auf dieser Grube 31 Bergleute zu Tode, am 10. Dezember 1891, ebenfalls durch eine Schlagwetterexplosion, 14 Bergleute. Das letzte größere Unglück ereignete sich in der Grube am 28. Mai 1920, wo infolge Brandgasvergiftung fünf Bergleute den Tod fanden.

## Kleine Chronik

Die „Bremen“ hat auf der Rückfahrt nach Europa die zirka 6 Stunden vorher in New York abgefahrene „Le de France“ überholt.

Die Nachforschungen nach dem vermißten Berliner Landgerichtsdirektor Bombe sind bisher vergeblich gewesen. Man neigt zu der Annahme, daß er einem Verbrechen zum Opfer gefallen und in das Dicht ausgehender Forsten verschleppt worden ist.

Im Laufe des Montags sind innerhalb Groß-Berlins insgesamt 18 Selbstmorde und Selbstmordversuche zu verzeichnen gewesen. Ein großer Teil der Selbstmorde ist wegen wirtschaftlicher Notlage erfolgt.

In Berlin-Wilmersdorf stießen Arbeiter, die Ausschachtungsarbeiten vornahmen, auf ein noch aus der Kriegszeit stammendes Lager von Giftgasflaschen. Einige dieser kleinen Gasflaschen zerprangen und nach wenigen Sekunden lag die ganze Straße unter Gas. Auf dem Terrain war während der Kriegsjahre Giftgas für Kriegszwecke hergestellt worden. Etwa 100 000 kleine Giftgasflaschen sind vergast worden. Das Gas ist jedoch nur Reizgas und hat keine tödliche Wirkung.

Der Fußballsport forderte bei Wien am Sonntag zwei Todesopfer. In Gänserndorf brach plötzlich der Flügelstürmer Füllsack des Vereins Postwettbewerb Wien ohne erkennbare Ursache zusammen und starb auf dem Transport ins Krankenhaus. — Bei einem Weltspiel im Vorort Mödling zog sich das Mitglied des Fußballklubs Sparta 12 Vogel einen Hirnenrisch zu, an dessen Folgen er noch am selben Abend verschied.

Ein Sowjetflugzeug, das am Montag in Rom zum Flug nach London gestartet war, mußte infolge einer Motorpanne in der Nähe von Nevers notlanden. Es muß abmontiert werden. Die Besatzung ist unversehrt.

Das Erdbeben in Ecuador. Nach amtlichen Meldungen, die bei der Berliner Gesandtschaft der Republik Ecuador eingetroffen sind, sind die auch in die deutsche Presse gelangten Berichte über ein dort verpürtes Erdbeben sehr stark übertrieben. Es ist nur ein einziges Dorf in Mitleidenschaft gezogen worden.

## Bücheranzeige

Die deutsche Mark von 1914—1924. Dieses im Verlag von E. Schuster in Nürnberg, Gabelsbergerstr. 62, erschienene Büchlein bringt im ersten Teil sämtliche deutsche Reichsbanknoten, Reichsmarknoten u. Darlehnskassenscheine der Vorkriegs-, Kriegs- und Inflationszeit von 1 Mark bis zum 100-Billionen-Schein nebst erläuterndem Text und unterrichtet über den Sammelwert der einzelnen Scheine, der bei den seltensten heute schon 50 Mark beträgt. Auch eine ausführliche Tabelle über den Dollarkurs in jenen Jahren ist dem ersten Teil angeschlossen. Der zweite Teil enthält die Briefmarken des Deutschen Reiches von 1914—1924. Der Preis beträgt 1 RM.

## Badischer Teil

### Kapitalabfindung für Kriegsbeschädigte und Kriegserwitwen

Bei den beteiligten Behörden sind zur Zeit noch rund 900 Anträge auf Kapitalabfindung in Bearbeitung. Werden hiervon nur etwa die Hälfte als dringend anerkannt und bewilligt, so werden die für das Rechnungsjahr 1929 (bis 31. März 1930) zur Verfügung stehenden Mittel ohne weiteres aufgebraucht sein. Die bis 31. März 1930 noch eingehenden Anträge können daher in der Regel keine Berücksichtigung mehr finden. Um Enttäuschungen und unnötiges Warten zu vermeiden, wird daher empfohlen, etwaige Anträge auf Kapitalabfindung bis nach dem 31. März 1930 hinauszuschieben.

Gerner werden die Antragsteller erneut darauf aufmerksam gemacht, daß etwa durch Beschaffung von Unterlagen, wie Baupläne, Kostenvoranschläge usw. entstehende Kosten bei Ablehnung des Antrages in keiner Weise vergütet werden können. Der Antragsteller kann erst dann Verpflichtungen eingehen, wenn eine Abfindung durch das Hauptverorgungsamt genehmigt ist.

### Auflösung der Orthopädischen Versorgungsstelle in Heidelberg

Die Orthopädische Versorgungszweigstelle Heidelberg, Landhausstraße 31, wird mit dem 31. Juli 1929 aufgelöst. Die Dienstgeschäfte dieser Zweigstelle gehen mit dem 1. August 1929 auf die Orthopädische Versorgungsstelle Karlsruhe über. Es finden jedoch vom 1. August 1929 an im früheren Bezirk der orthopädischen Versorgungszweigstelle Heidelberg regelmäßig orthopädische Sprechstunde statt und zwar in Mannheim: an jedem Donnerstag im früheren Versorgungsamtgebäude, C 7, 6, von 9 Uhr vormittags an; in Mosbach: am ersten und dritten Mittwoch im Monat in der Gastwirtschaft zum „Badischen Hof“, von 9½ Uhr vormittags an, und in Heidelberg: am zweiten und vierten Dienstag im Monat im Dienstgebäude der Versorgungszweigstelle Unterfuchungstraße, Landhausstraße 31, von 8 Uhr vormittags an. Vom 1. August an sind auch sämtliche Eingaben u. dgl. in orthopädischen Versorgungsangelegenheiten, soweit hierfür bisher die Orthopädische Versorgungszweigstelle Heidelberg zuständig war, an die „Orthopädische Versorgungsstelle Karlsruhe“ zu richten.

### Mag-Viktor-von-Scheffel-Stiftung

Der Minister des Kultus und Unterrichts hat das diesjährige Stipendium aus der zur Förderung begabter badischer Schüler bestimmter Mag-Viktor-von-Scheffel-Stiftung je hälftig mit 250 RM auf Vorschlag des Stiftungs-Kuratoriums den Musikstudierenden Hans Bergle in Freiburg und Hermann Bischof in Maximiliansau zugewiesen.

### Aus der badischen Landwirtschaft

Der Bäuerliche Versuchsring „Aher- und Ballotau“ veranstaltete unter Führung des Landesökonomierats Kimmel seine diesjährige Ringfahrt. An der Ringfahrt nahmen etwa 50 Personen teil, darunter Landrat Willmaier, Bühl, der Kreisvorsitzende, Bürgermeister Schneider, Gagganau, verschiedene Kreisräte, Bürgermeister und zahlreiche Landwirte, Jungbauern und sonstige Interessenten. Die Badische Landwirtschaftskammer war durch Landwirtschaftsrat Eberhard, Karlsruhe, vertreten. Die Besichtigung galt dieses Mal hauptsächlich einigen Sorten-, Düngungs- und Schädlingsbekämpfungsversuchen (Obstbau) im früheren Amtsbezirk Mägen. Daneben wurden auch Reispflanzsäcker sowie die Gutswirtschaft des Adichhofes bei Ottersweier, die musterhafte Geflügel-farm des Herrn von Tschmann in Aher und die Futteran-lage des Hofbauern Schnurr in Seebach besichtigt. Allenthalben war man über das Gesehene befriedigt. Allenthalben wurden in verschiedenen Reden die Tätigkeit der Versuchsringe als ein wirksames Mittel zur Förderung unserer bäuerlichen Wirtschaften bezeichnet.

Der Sonderausflug für Tabakbau der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft in Begleitung prominenter Persönlichkeiten aus Baden, der Präsident der Badischen Landwirtschaftskammer, Dr. Graf von Douglas, der Leiter des Tabakforschungs-Instituts Forchheim, Prof. Dr. König, und Prof. Dr. Mach von der Versuchsanstalt Auguzenberg besichtigten die Tabakfelder in Dörschurk und diejenigen in Altemheim. Leider ist ein sehr großer Teil der Tabakpflanzen vom Frost (Wildefeuerkrankheit) befallen. Die vorgetragenen Ansichten über die Krankheit mit den Sehligen von den Saatbeeten auf die Grundstücke gebracht wird, wurde für richtig befunden. Ein rechtzeitiges, richtiges und öfteres Spritzen mit Kopro, Kupferalkalibromid vor Befall der Krankheit ist unerlässlich.

### Tagungen

Der Internationale Holzarbeiterkongress in Heidelberg. In Beginn der Samstagtagung der Internationalen Union der Holzarbeiter wurden einige vom Deutschen Holzarbeiterverband aufgenommene Filme vorgeführt, die dessen Verarbeit und den Kampf des Verbandes gegen die Unfallgefahren zeigten. Dann beschäftigte sich der Kongress mit der Frage der Unfallversicherung in der Holzindustrie. Kaiser (Berlin) hatte hierzu ein ausführliches Referat erstattet. Eine Entschließung wurde einstimmig angenommen. In ihr werden die angeschlossenen Organisationen verpflichtet, in ihren Ländern für den Ausbau der Unfallversicherung zu wirken. Das Exekutivkomitee wurde ermächtigt, Zeitpunkt und Ort der nächsten Tagung zu bestimmen.

Landestagung der badischen Uhrmacher. Der am Sonntag in Schwetzingen abgehaltene Verbandstag der badischen Uhrmacher begann mit einer Sitzung der Uhrmachertagung. Die Landestagung selbst wurde von dem Vorsitzenden Mag Heig, Mannheim, geleitet, der eine Reihe Behördenvertreter begrüßte. In dem Jahresbericht wird betont, daß der Verband vor allen Dingen gegen den unzulässigen Wettbewerb der Außenfester, gegen die Erdrosselung des Handwerks durch Trulle und Großkapital kämpft. In Forchheim sei es bald so, daß fast jeder Angeleitete in seinen Taschen Bijouteriewaren mitführt und einen wilden Handel eröffnet. Solche freihändigen Verkäufe (meistens Schundware) sollten durch eine behördliche Aufsicht unterbunden werden. In einer Entschließung wird gefordert, daß die Lehrlinge in Zukunft keine Uhrren, die gewerbmäßig in Leihhäusern abgelehrt werden sollen, annehmen dürfen. Eingehend erörtert wurde das Lehrlingswesen vor allem in den Uhrenfabriken. Die nächste Tagung findet in Aherlingen statt.

# Das Karlsruher Rheinstrandbad

in seiner verkehrspolitischen Bedeutung

Von Verkehrsdirektor Julius Dacher

Nachdem im neu erbauten Karlsruher Rheinstrandbad auf der Rheininsel Rappenwört in den wenigen Tagen seit seiner Eröffnung ein Massenbesuch von über 20.000 Badegästen zu verzeichnen war, dürfte es wohl angebracht sein, diese jüngste Karlsruher Einrichtung auch von der verkehrspolitischen Seite ihrer Bedeutung zu würdigen. Bekanntlich mußten sich bisher die Bewohner der badischen Landeshauptstadt und die der näheren und weiteren Umgebung als einziger Badegelegenheit im Rhein mit dem kleinen städtischen Rheinbad bei Magau begnügen. Seit jeher fanden sich dort zur Sommerzeit zahlreiche Badegäste aus Karlsruhe und Umgebung, aber auch von weiterher, besonders aus der nahen Pfalz, ein, da die Lage außerordentlich günstig ist und die örtlichen Bedingungen objektiv als ausgezeichnet gelten dürfen.

Das Rheinbad Magau konnte indes den steigenden Bedürfnissen nicht mehr entsprechen, und so machte sich in den letzten Jahren an den Ufern des Rheins ein „wildes Baden“ breit, was nicht nur unerwünscht, sondern für manche Beteiligte gefährlich war. Die allgemeine wachsende Auffassung von der Bedeutung der Volkshygiene, die in der neueren Zeit kräftigerweise an Umfang zunimmt, stellte aber das Baden mehr und mehr in den Mittelpunkt der Körperpflege und der Erholung, so daß der großzügige Plan der Karlsruher Stadtverwaltung, auf der städtischen Rheininsel Rappenwört, in unmittelbarer Nähe der Stadt und der Magauer Schiffbrücke, von allen Richtungen her leicht und schnell zu erreichen, ein großes, allen Bedürfnissen auf absehbare Zeit genügendes Rheinstrandbad zu erbauen, als bedeutsame Tat lebhaft zu begrüßen war.

Welch große Bedeutung dem geordneten und bequemen Baden in der heutigen Zeit zukommt, ist und zwar auch in verkehrspolitischer Hinsicht, zeigen die Schwärme von Badegästen, die sich überall da, wo günstige Bedingungen vorliegen, zum Wochenendaufenthalt oder an Sonn- und Feiertagen einfänden. Diejenigen Orte und Gegenden, die für den Besuch eines Strandbades nach Lage und Verkehrsbedingungen in Betracht kommen, sind nicht nur die Gemeinden und Städte der nächsten Umgebung der badischen Landeshauptstadt. Da mit Straßenbahnen, Kraftwagen, Fahrrad oder auf hübschem Spaziergang über die „Perle des badischen Landes“, den Vorort Daglangen, die einstige Goldwäscherei am Rhein, die verhältnismäßig geringe Entfernung von und zu der Stadt, nach dem Rheinstrandbad, leicht zu bewältigen ist, da Karlsruhe selbst im Eisenbahnverkehr nach und von allen Seiten hin praktische Verbindungen aufweist, und da vor allen Dingen nirgends im weiten Umkreis ein ähnlich modern eingerichtetes Rheinstrandbad anzutreffen ist, werden auch die Städte und Orte der weiteren Umgebung, besonders des Kraichgaues und des Pfinggaues, wie Bretten, Forstheim, Mühlacker, ja sogar Stutgart, ferner Rastatt, Baden-Baden und das Mürgal, Bruchsal, Graben, Germersheim, Schwetzingen, sodann die Pfalz, die Orte Worms, Widen, Bergzabern, Landau und die dazwischen liegenden Städte und Gemeinden in der Einflugszone des neuen Strandbades erfasst werden.

Sieht man in Betracht, daß sich zu den speziellen Vorzügen des Strandbades eine weitgehende Ausnützung der vorliegenden und stärkenden Kräfte von Sonne, Luft und Wasser und eine selten idyllische Umgebung gesellen, daß weiterhin für die Ausübung aller Sportarten Kläse und Vorrichtungen getroffen oder vorgesehen sind, so wird man wohl behaupten dürfen, daß das einigartige Rheinstrandbad keine Anziehungskraft auch auf den Fremdenverkehr nicht verfehlen wird. Bei der offiziellen Eröffnung des Bades am Freitag, dem 19. Juli, waren maßgebende Behörden umliegender Städte und Gemeinden vertreten, und aus ihren anerkennenden Worten war zu schließen, daß sich ihr ganzes Interesse der neuen Karlsruher Anlage zuwenden wird. Natürlich wird besonders die badische Seite bis Forstheim, Bruchsal u. s. w. die günstige Gelegenheit bemühen, um ihre Wochenendaufenthalte und freien Stunden hier im landschaftlich ganz wunderbaren Strandbad Rappenwört, auf den Sportplätzen und im Volkspark zu verbringen. Hieraus erwachsen auch dem Karlsruher Verkehrsverein, der diese modernen Anlagen außerordentlich begrüßt, in seiner Tätigkeit zum Wohl der Stadt weitere und erwünschte Aufgaben, möglichst viele Besucher dem neuen Strandbad zuzuführen, seine Vorzüge bekanntzumachen, damit auch Karlsruhe, die badische Landeshauptstadt, mit ihren zahlreichen Schönheiten und Annehmlichkeiten auf diese Weise in den Mittelpunkt des Verkehrs in Baden gestellt wird.

Die Lage unserer Stadt in der Nähe des Rheines hatte bekanntlich ihre ersten wirtschaftlichen und verkehrspolitischen Auswirkungen durch die Erbauung des Karlsruher Rheinhafens gezeitigt, dazu kam im vergangenen Jahre die Ausnützung des Oberrheins für Personenschiffe seit der Erbauung einer Landestelle im Karlsruher Rheinhafen, und nunmehr wird die Ausbarmachung der Heilkräfte von Sonne, Luft und Wasser, die gerade in einem Rheinstrandbad konzentriert zu erfassen sind und weiten Volksschichten leicht und billig zugänglich gemacht werden können, als jüngste und vornehmlichste Tat der Karlsruher Kommunalpolitik in Erscheinung treten.

Wenn erst die feste Brücke bei Magau erbaut sein wird — und es besteht Hoffnung, daß dies in aller nächster Zeit der Fall ist —, dann wird die badische Landeshauptstadt mehr denn je zum verkehrspolitischen und kulturellen Mittelpunkt des badischen Landes werden und auch Pfalz und Saargebiet in ihre Einflugszone dringen. Sie wird damit wirklich am Rhein liegen. Im verkehrspolitischen Interesse ist es im übrigen erwünscht, stets darauf hinzuweisen, daß Rappenwört nur eine Rheininsel ist, und daß das Bad auf der Gemarkung der Stadt Karlsruhe liegt, weshalb es mit Recht das „Karlsruher Rheinstrandbad“ zu nennen ist. Unter dieser Bezeichnung wird man dann überall wissen, wo das Bad liegt, wohin man zu gehen oder zu fahren hat, und welche Bedeutung ihm zukommt.

Auf alle Fälle ist dem neuen „Karlsruher Rheinstrandbad“ in verkehrspolitischer und kultureller Hinsicht ein möglichst starker Besuch von den Bewohnern der Stadt und ihrer näheren und weiteren Umgebung zu wünschen, die ihrerseits den größten Nutzen für ihre Gesundheit daraus ziehen werden. Vor allen Dingen soll es infolge seiner günstigen Bedingungen allen Volksschichten zugänglich gemacht und nicht zuletzt ein Tummelplatz für unsere Jugend werden, da es im Interesse des Volksganges liegt, ein gesundes und arbeitsames Geschlecht auch über die Grenzen Karlsruhes hinaus heranwachsen zu sehen. Karlsruhe am Rhein im Westen und Karlsruhe am Schwarzwald im Osten werden die Stützpunkte der großen Elipse sein, die der einst in den Sand gebauten fieslichen Aufstade neues, gesundes Leben und starke wirtschaftliche Kraft verschaffen.

# Aus der Landeshauptstadt

## Das Karlsruher Studentenhaus

Samstag mittag fand in Anwesenheit geladener Ehrengäste und einer großen Anzahl Studierender das Richtfest des Karlsruher Studentenhauses statt. Der Vorsitzende des Studentendienstes, Prof. Dr. Voll, sprach allen am Bau Beteiligten den Dank der Bauherrschaft aus. Er wies sodann darauf hin, daß der Bau neben praktischen Zwecken sozialer Hilfeleistung, Entspannung und Erholung auch dem idealen Zwecke des Gemeinschaftsgefühls gewidmet ist. Hierauf sprach Ministerialrat Dr. Firsich, der die Bedeutung des Richtfestes, die Krisen des Handwerks und aber auch die ideale Einstellung des Arbeiters würdigte. In einer Sturmrede kamen z. B. die Zimmerer ohne jegliche Aufforderung auf den Bauplatz, um ihr Werk vor der bevorstehenden Gewalt der Elemente zu sichern. Im Namen der Handwerker sprach Zimmermeister Nach. Nach einem Rundgang unter Führung des Ministerialrats Dr. Firsich dankte Rektor Dr. Walzinger dem Führer und sprach seine Genehmigung über das wohlgelungene Werk aus.

Die Straßensammlung für den Kriegerfriedhof Lens — den Friedhof der Babener — hat nach den nun vorliegenden Meldungen im badischen Land die städtische Summe von rund 30.000 M ergeben. Ein recht erfreuliches Ergebnis, das durch den uneigennütigen Opferinn der gesamten badischen Volksgenossen erzielt worden ist. Die Kameradschaft Badischer Kriegsveteranen, als Räte des Kriegerfriedhofes Lens, wird nunmehr mit den ihr anvertrauten Mitteln energisch an den Ausbau des Lenzer Kriegerfriedhofes gehen.

Ein Nachspiel zur Gölz-Versammlung in Karlsruhe. Am morgigen Mittwochnachmittag, 8 Uhr, wird vor dem hiesigen Schöffengericht auf Grund einer Privatklage des verantwortlichen Redakteurs der „Badischen Zeitung“, Dr. Kattermann, gegen zwei Karlsruher Polizeibeamte verhandelt werden, die bei der im Anschluß an die Gölz-Versammlung in der Festhalle stattgefundenen schweren Schlägerei zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten über ihre Befugnisse hinausgegangen sein sollen und gegen Dr. Kattermann tätlich vorgegangen waren.

Wetternachrichtendienst der Bad. Landeswetterwarte Karlsruhe. Die europäische Front brachte gestern Dauerregen, deren Ergiebigkeit in der Ebene 4 bis 8 Millimeter, im Gebirge 20 bis 25 Millimeter erreichte. Heute ist die Depression unter Zunahme an Intensität nach der Nordsee gezogen. Das in ihrem Gefolge befindliche Drucksteigegebiet wird sich morgen bei uns durch Beförderung der Witterung auswirken, die jedoch nicht von langer Dauer sein wird. Wetterausblick: Volkig mit Aufweitung, höchstens vereinzelte Regenschauer, Temperaturen wenig verändert.

# Gemeinderundschau

## Kreisversammlung Karlsruhe

Die Kreisversammlung Karlsruhe hielt am Montag im Bürgeraal des Rathauses eine außerordentliche Tagung ab, um zu den Vorschlägen des Kreisrats zur Sanierung der badischen Lokaleisenbahn-AG (Bleag) Stellung zu nehmen. Der Kreisvorsitzende, Oberlandesgerichtsrat Stritt, empfahl die neue Vorlage einträglich zur Annahme. Danach wird der Kreis der Bleag ein Darlehen von 750.000 M zur Abdeckung ihrer Schulden gewähren und für ein weiteres, von der badischen Girozentrale gegebenes Darlehen von 250.000 M die Bürgschaft übernehmen. Als Gegenleistung wird das Recht der Kontrolle gegenüber der Bleag durch eine Kommission gefordert. Außerdem darf die Bleag keine Zuschüsse an nicht zum Kreis gehörige Bahnen leisten und im Kreisbezirk selbst auch keine Betriebsstilllegungen vornehmen. Der Kreisvorsitzende teilte anschließend mit, daß die Minister der Finanzen und des Innern ihre Bereitwilligkeit erklärt hätten, den Kreis von den Verpflichtungen des § 4 des Vertrags aus dem Jahre 1920 zu entbinden, wogegen allerdings noch die Zustimmung des Landtags erforderlich wäre.

Nach über dreistündiger Beratung, in der alle Parteien, mit Ausnahme der Volkspartei und Kommunisten, wenn auch schweren Herzens, ihre Zustimmung zur Vorlage gaben, wurde diese angenommen.

## Mannheim in der Statistik deutscher Städte.

Der Deutsche Städtetag veröffentlicht vierteljährlich statistische Berichte über die Tätigkeit der deutschen Städte auf dem Gebiet des Fürsorgewesens, des Wohnungswesens und des Fremdenverkehrs. Der sechsen erscheinende zweite Vierteljahresbericht macht über Mannheim folgende Angaben:

Die Zahl der laufenden in offener Fürsorge unterstützten Personen betrug in Mannheim am 31. März 1929 9294, das sind 37,55 auf 1000 Einwohner, darunter befanden sich 510 Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene, 2483 Sozialrentner, 1196 Kleinrentner und Gleichgestellte und 518 sonstige Hilfsbedürftige. Einmalig wurden unterstützt in offener Fürsorge 19.284, in geschlossener Fürsorge 2771, dauernd wurden in geschlossener Fürsorge unterstützt 1718. Der Aufwand für die Zwecke der Fürsorge (ohne Wochenfürsorge) betrug im ersten Vierteljahr 1929 im ganzen 2.682.900 Reichsmark, das sind 10,84 Reichsmark pro Kopf der Bevölkerung. Verglichen mit anderen Städten ist der Aufwand für die Zwecke der Fürsorge in Mannheim noch außerordentlich hoch. In der Städtegruppe der Städte über 200.000 Einwohner wenden lediglich Königsberg und Breslau pro Kopf der Bevölkerung etwas höhere Summen für Fürsorgezwecke auf als Mannheim.

Auf dem Gebiet des Fremdenverkehrs steht Mannheim in der Städtegruppe der Städte über 200.000 Einwohner auch im ersten Kalendervierteljahr 1929 in vorderster Reihe. Die Zahl der Fremden, die Mannheim besuchten, betrug 36.390, darunter waren 2808 Ausländer. Auf 1000 Einwohner kommen demnach 147 Fremde. Lediglich die Städte München, Stuttgart und Königsberg erreichten in dieser Städtegruppe eine höhere Verhältniszahl als die Stadt Mannheim. In Berlin kamen nur 95,7 Fremde auf 1000 Einwohner, in Hamburg nur 130,9 und in Köln nur 114,8.

Wohnungsbaufähigkeit in Freiburg. Nach Feststellungen der Stadtbaukontrolle wurden im ersten Halbjahr 1929 in Freiburg 214 neue Wohnungen gebaut gegenüber 148 im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Von den neuen Wohnungen sind 130 kleine Wohnungen mit zwei bis vier Wohnräumen, einschließlich der Küche, die als Wohnraum gezählt wird. — Die natürliche Bevölkerungsbewegung brachte der Stadt Freiburg im zweiten Vierteljahr 1929 durch den Geburtenüberschuss einen Zuwachs von 71 Personen, gegenüber 42 in der gleichen Zeit des Vorjahres, und 156 im Jahre 1918.

Der Bürgerausschuß Ebringen genehmigte einstimmig den Gemeindevoranschlag für das Rechnungsjahr 1929/30. Den Ausgaben in Höhe von 40.816 M stehen Einnahmen mit 28.192 M gegenüber. Der Restbetrag von 12.624 M ist durch Umlage aufzubringen, und zwar für das Grundvermögen 80, das Betriebsvermögen 32 und für Gewerbeertrag 600 M pro 100 M Steuerwert.

Am den neuen Namen. Gegen die mit der Stadtfrage verbundenen Namensänderungen von Weil a. Rh. wurden seitens der Rottverwaltung Bedenken erhoben und die Änderung in Weil am Oberrhein bzw. Beibehaltung des Namens Weil-Geopoldshöhe vorgeschlagen. Da man unter Oberrhein die Strecke Basel-Konstanz versteht und Weil demnach nicht am Oberrhein liegt, hat der Gemeinderat die beantragte Änderung abgelehnt.

Der Bürgerausschuß Böhlingen (bei Singen a. S.) nahm den Voranschlag, der in den Einnahmen mit 55.068 M und in den Ausgaben mit 73.400 M abschließt, einstimmig an. Der ungedeckte Aufwand von 18.332 M erfordert eine Umlage von 25 Pf vom Grundvermögen, 22 Pf vom Betriebsvermögen und 418 Pf vom Gewerbeertrag. Hierzu kommen noch die Kreissteuern von 10,4 und 75 Pf. Der Mindererlös aus Rückholgeld gegenüber dem Vorjahre machte eine Erhöhung der Umlage von 10 Prozent erforderlich.

# Kurze Nachrichten aus Baden

23. Baden-Tag, 29. Juli. Beim Abladen eines in seinem Hofe stehenden mit Garben beladenen Wagens traf ein Landwirt mit einer weggerollenen Peugabel den auf dem Wagen sitzenden Gährlingen Sohn eines Gastwirts so unglücklich, daß diesem ein Finken in den Kopf drang und kurz darauf den Tod herbeiführte.

24. Rehl, 29. Juli. In einem Freiburger Hotel gab dieser Tage ein ausländischer Automobilist eine belgische 1000-Franken-Banknote in Zahlung und erhielt darauf mehrere hundert Reichsmark zuziel heraus, da es sich nicht wie angenommen um eine neue 1000-Belga-Note, sondern um eine alte 1000-Franken-Note im Werte von 200 Belgas oder 116 Reichsmark handelte. Auf Nachrichtigung der Gendarmerie konnte der Betreffende noch am gleichen Tage abends an der hiesigen Grenzübergangsstelle festgehalten und ihm der zu viel erhaltene Betrag abgenommen werden.

25. Oberesbach bei Billingen, 29. Juli. Dem Oberregisseur Dr. Karl Kammerer von der Staatsoper in Berlin verlieh Oberesbach das Ehrenbürgerrecht. Er ist ein Sohn der Gemeinde und aus einfachen Verhältnissen hervorgegangen. Es ist dies das erste Mal, daß die Gemeinde das Ehrenbürgerrecht verlieh.

26. Konstanz, 29. Juli. Das rund 200 Personen fassende neue Dieselmotorschiff „Wettlau“, das von der Reichsbahn im vergangenen Winter bei der Bodanwerft in Kressbronn in Auftrag gegeben war, ist am letzten Samstag an die hiesige Dampfschiffsverwaltung abgeliefert worden. Infolge seiner niedrigen Bauart kann es sowohl im Ober- als auch im Untersee Verwendung finden. Das neue Schiff vermag eine Fahrgeschwindigkeit bis zu 22 Kilometer in der Stunde aufzubringen. Als Stationierungsort ist Radolfzell vorgesehen.

# Handel und Wirtschaft

## Berliner Devisennotierungen

	30. Juli		29. Juli	
	Gold	Devisen	Gold	Devisen
Amsterdam 100 G.	168.11	168.45	168.03	168.37
Kopenhagen 100 Kr.	111.74	111.96	111.70	111.92
Italien . . . 100 L.	21.915	21.955	21.92	21.96
London . . . 1 Pf.	20.345	20.385	20.335	20.375
New York . . . 1 D.	4.191	4.199	4.1905	4.1985
Paris . . . 100 Fr.	16.44	16.48	16.43	16.47
Schweiz . . . 100 Fr.	80.645	80.805	80.62	80.78
Wien 100 Schilling	59.045	59.165	59.05	59.17
Prag . . . 100 Kr.	12.402	12.422	12.40	12.42

Stilllegung der Berlin-Karlsruher Industriemeile? Innerhalb der Verwaltung der Berlin-Karlsruher Industriemeile (Hauptstadt Berlin), werden gegenwärtig Rationalisierungsmaßnahmen im Sinne einer strafferen Konzentration bei der Gesellschaft ergriffen. Man sieht dabei die Stilllegung der Karlsruher Fabrik in dem Bereich der Möglichteit. Wie es heißt, sind Staat und Stadt Karlsruhe bemüht, das Karlsruher Werk zu erhalten.

Zu den Verfehlungen bei der Volksbank Mühlheim. In einer außerordentlichen Generalversammlung der Mühlheimer Volksbank wurde ausführlich über tatsächlich vorliegende Verfehlungen gegen die Bilanzordnung berichtet. Aus dem Bericht ging u. a. hervor, daß der Aufsichtsrat ohne jegliche Kenntnis von einer stillen Reserve in Höhe von 51.000 M gewesen ist, die teilweise aus Goldpfandbriefen bestand, teilweise aus Konten von Strohmannern geführt wurde. Die Mitglieder der Bank sollen durch diese Manipulationen aber nicht geschädigt worden sein. Es soll eine gemeinsame Handlung dreier Vorstandsmitglieder vorliegen, die zu der Verhaftung zweier dieser Mitglieder führte. Die Revision wird augenblicklich fortgeführt und erstreckt sich auf einige Jahre zurück.

Zusammenbruch eines Berliner Bankhauses. Das seit mehr als 75 Jahren bestehende Bankhaus U. Wulmschlag in Berlin-Oranienburg ist zusammengebrochen und hat Antrag auf Konkurs gestellt. Gläubiger sind vornehmlich kleine Geschäftsleute und Landwirte.

# Staatsanzeiger

## Bekanntmachung

Enteignungsverfahren der Gemeinde Sallned gegen die Gebr. Ohwald in Sallned im Interesse des Gemeindegeweges Sallned-Wies.

Das Staatsministerium hat mit Entschließung vom 15. Juli 1929 Nr. 7896 ausgesprochen:

1. Zweck der Herstellung des Gemeindegeweges Sallned-Wies auf Gemarkung Sallned sind die Eigentümer der nachgenannten Grundstücke verpflichtet, das Eigentum an Grundstücken in dem angegebenen ungefähren Maßgehalt an die Gemeinde Sallned gegen vorgängige Entschädigung abzutreten:

- 1. Gb.-Nr. 173a eine Fläche von 57 qm,
- 1. Gb.-Nr. 281a eine Fläche von 8 ar 89 qm,
- 1. Gb.-Nr. 281b eine Fläche von 15 qm,
- 1. Gb.-Nr. 281c eine Fläche von 4 qm,
- 1. Gb.-Nr. 285b eine Fläche von 2 ar 97 qm,
- 1. Gb.-Nr. 386b eine Fläche von 8 ar 78 qm,
- 1. Gb.-Nr. 386c eine Fläche von 17 qm,
- 1. Gb.-Nr. 386d eine Fläche von 6 qm,
- 1. Gb.-Nr. 386e eine Fläche von 4 ar 27 qm,
- 1. Gb.-Nr. 386f eine Fläche von 86 qm,
- 1. Gb.-Nr. 386g eine Fläche von 2 qm.

2. Verpflichtungen im Sinne des § 26 Ziffer 2 des Enteignungsgesetzes sind nicht aufzuerlegen.

3. Eine Änderung des Planes soll nicht eintreten.

Karlsruhe, den 26. Juli 1929.  
Der Minister des Innern.  
S. A.: Dr. A. Jung.

